Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/879

28. 06. 91

Sachgebiet 2212

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Ursula Fischer und der Gruppe der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/713 —

Lehrstellensituation und -perspektive in Ostdeutschland

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Dr. Rainer Ortleb, hat am 1. Juni 1991 geäußert, daß jeder zweite Schulabgänger in den neuen Bundesländern eine Lehrstelle in Aussicht habe.

Die Bundesregierung mißt der beruflichen Bildung eine Schlüsselrolle beim Aufbau neuer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen in den neuen Bundesländern bei. Sie hat deshalb der Entwicklung und Förderung der beruflichen Bildung im Rahmen des Gemeinschaftswerkes „Aufschwung-Ost" einen herausragenden Stellenwert zugewiesen. Die Versorgung der nachwachsenden Generation mit Ausbildungsplätzen hat dabei besonderes Gewicht.

Mit dem Kabinettbeschluß vom 24. April 1991 zum Ausbildungsplatzförderungsprogramm-Ost sind Voraussetzungen geschaffen worden, daß jeder Jugendliche bis zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres einen Ausbildungsplatz erhalten kann. Mit diesem Maßnahmenpaket, das von den Länderregierungen durch eigene Programme und durch Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft ergänzt wird, wird neben der Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes auch ein wesentlicher Beitrag für die notwendige qualitative Entwicklung der Berufsausbildung in den neuen Bundesländern geleistet.

Zu diesem Programm gehören:

— das Programm zur Förderung von Ausbildungsplätzen in Kleinunternehmen mit nicht mehr als 20 Beschäftigten,

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesressorts vom 25. Juni 1991 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

— 10 000 Ausbildungsplätze im Bereich der Bundesverwaltung in den neuen Ländern,
— die Sicherung der Ausbildung in Treuhandbetrieben,
— die Förderung von Ausbildungsmaßnahmen in überbetrieblichen Einrichtungen und berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und
— Maßnahmen zur qualitativen Entwicklung der beruflichen Bildung in den neuen Ländern.

Die ergriffenen Maßnahmen sind Hilfen zur Selbsthilfe und können die Verantwortung der Arbeitgeber, insbesondere der Wirtschaft, für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot zu sorgen, nicht ersetzen. Die Übernahme der vollen Verantwortung für die betriebliche Berufsausbildung durch die ausbildenden Arbeitgeber, einschließlich deren Finanzierung, ist ein wesentliches Prinzip des 1990 auch in den neuen Ländern eingeführten Systems der dualen Berufsausbildung. Dies entspricht dem Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft, nach dem unternehmerische Entscheidungen von den Arbeitgebern getroffen und verantwortet werden. Weil im dualen System der Berufsausbildung nur die Arbeitgeber typischerweise über die Möglichkeit verfügen, Ausbildungsplätze zu schaffen und anzubieten, tragen sie eine – vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bejahte – gesellschaftliche Verantwortung für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot.

Eine generelle Förderung und staatliche Lenkung betrieblicher Ausbildung kommt aus diesen grundsätzlichen ordnungspolitischen Erwägungen für die Bundesregierung nicht in Betracht. Sie stimmt darin mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft und den Gewerkschaften überein. Die Bundesregierung ist zudem der Auffassung, daß der Wirtschaft, den Unternehmen und den jungen Menschen in den neuen Ländern kein guter Dienst erwiesen würde, wenn unternehmerische Verantwortung durch staatliches Handeln ersetzt würde.

Die einmalige Ausnahme vom Grundsatz der betrieblichen Finanzierung der Berufsausbildung durch die Förderung von Kleinunternehmen mit nicht mehr als zwanzig Beschäftigten konnte deshalb auch in der gegenwärtig schwierigen Übergangsphase in den neuen Ländern nur in Bereichen gerechtfertigt werden, in denen die Betriebe objektiv zur Ausbildung noch nicht aus eigener Kraft in der Lage sind oder bisher noch nicht ausgebildet haben, andererseits ohne diese Hilfen die Entwicklung einer gesunden Wirtschaftsstruktur sowie der Neuaufbau des dualen Berufsausbildungssystems und die Sicherung des Ausbildungsplatzangebotes 1991 gefährdet wäre.

Derzeit prägen Anpassungsprozesse im Bereich der Großbetriebe und der ehemaligen Kombinate bzw. Produktionsgenossenschaften sowie der begonnene Aufbau einer mittelständischen Betriebsstruktur das wirtschaftliche Geschehen in den neuen Ländern. Damit verbunden ist die Gefährdung einer großen Anzahl von Ausbildungseinrichtungen in Großbetrieben und die Notwendigkeit, die Ausbildungsfähigkeit des nun Fuß fassenden Mittelstandes zu fördern. Das Ausbildungsplatzförderungsprogramm-Ost trägt diesen Entwicklungen Rechnung.

Bundesminister Dr. Rainer Ortleb hat am 1. Juni 1991 in der Thüringischen Landeszeitung dieses Programm erläutert und festgestellt, daß bereits jetzt etwa 50 Prozent der Schulabgänger in den neuen Bundesländern mit Lehrverträgen abgesichert seien. Mit dem Ausbildungsplatzförderungsprogramm sind Voraussetzungen geschaffen, daß auch die übrigen Jugendlichen eine berufliche Qualifizierung erhalten können.

1. Wo soll die Ausbildung der Schulabgänger der neuen Bundesländer erfolgen: zu wieviel Prozent in Ost- und Westdeutschland?

Für den notwendigen wirtschaftlichen Erneuerungsprozeß in den neuen Ländern sind gut ausgebildete Fachkräfte unabdingbar. Die Bundesregierung verfolgt mit dem Ausbildungsplatzförderungsprogramm-Ost deshalb auch das Ziel,. regionalpolitisch bedenkliche Abwanderungstendenzen des besonders aktiven Teils der Jugend in den Westen zu begrenzen und dort zukunftsorientierte Ausbildungsplatzangebote zu initiieren, wo sie dem Erneuerungsprozeß die besten Impulse geben können, in den neuen Ländern. Ausbildung für die neuen Länder soll möglichst in den neuen Ländern stattfinden. Die Festlegung eines bestimmten Anteils von Ausbildungsplätzen in Westdeutschland ist weder möglich noch beabsichtigt.

2. Welche Betriebe in Ostdeutschland haben definitiv Lehrstellen zur Verfügung gestellt, in welchem Umfang und welche Berufe werden ausgebildet?

Über die Zahl der Ausbildungsplätze anbietenden Betriebe in den neuen Ländern kann zur Zeit keine definitive Aussage getroffen werden. Informationen liegen jedoch zur Struktur der Ausbildungsbetriebe vor. Nach Analysen des Bundesinstituts für Berufsbildung wurden im Herbst letzten Jahres 75 Prozent der Auszubildenden in den neuen Ländern in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten (Kombinate, Genossenschaften) ausgebildet, in den alten Bundesländern lediglich 20 Prozent). Während in den alten Bundesländern 50 Prozent der Auszubildenden im Bereich Industrie und Handel ausgebildet wurden, waren es in den neuen Bundesländern 80 Prozent. Im Handwerk ist die Situation umgekehrt: 35 Prozent der Auszubildenden in den alten und rund 9 Prozent in den neuen Bundesländern. Deutliche Unterschiede liegen auch im Landwirtschaftsbereich vor; 8 Prozent der Auszubildenden wurden in den neuen Bundesländern in der Landwirtschaft ausgebildet gegenüber rund 2 Prozent in den alten Bundesländern. Dagegen wurde in den Praxen der freien Berufe in den alten Bundesländern weit mehr ausgebildet als in den neuen Ländern, zum Teil weil solche Ausbildungsberufe oder solche Betriebe noch fehlten.

Mit dem begonnenen wirtschaftlichen Veränderungsprozeß in Richtung einer stärker mittelständischen Betriebs- und Wirt-

schaftsstruktur werden auch Änderungen der Ausbildungsstruktur einhergehen. Neugründungen im Handwerk und im Bereich der freien Berufe sind erste Anzeichen dieser Entwicklung. Auch in der Ausbildungsstatistik sind diese Anpassungsprozesse erkennbar.

Nach den Ergebnissen einer Berufsschulbefragung in den neuen Ländern sind für das Ausbildungsjahr 1990/91 rund 123 000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen worden, 97 500 bereits in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und 25 500 in Berufen nach der Systematik der Facharbeiterberufe der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Ein Strukturvergleich der Neuabschlüsse in BBiG-Berufen zwischen den alten und neuen Bundesländern zeigt neben noch deutlichen Unterschieden, daß sich die Ausbildungsstrukturen zum Teil schon angenähert haben.

Übersicht 1: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten Berufen in den alten und neuen Bundesländern 1990

Berufe nach Berufsbildungsgesetz	Neue Länder		Alte Länder	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Bäcker/Bäckerin	1 813	1,9	5 885	1,1
Bankkaufmann/-frau	1 827	1,9	22 696	4,2
Bauzeichner/-in	442	0,5	4 308	0,8
Bürogehilfe/-gehilfin	1 028	1,1	5 216	1,0
Bürokaufmann/-frau	1 928	2,0	27 575	5,1
Energieelektroniker/-in Anlagentechnik	1 759	1,8	9 657	1,8
Energieelektroniker/-in Betriebstechnik	1 656	1,7	13 265	2,4
Fachgehilfe/-gehilfin i. steuer- u. wirt. Ber.	30	0,0	9 088	1,7
Fachverkäufer/-in i. Nahrungsmittelhandw.	388	0,4	9 515	1,7
Fleischer/-in	1 406	1,4	2 912	0,5
Friseur/-in	1 727	1,8	20 183	3,7
Gas- und Wasserinstallateur/-in	1 592	1,6	6 844	1,3
Hauswirtschafter/-in (Land)	108	0,1	666	0,1
Hauswirtschafter/in (Stadt)	227	0,2	2 497	0,5
Industriekaufmann/-frau	2 246	2,3	25 459	4,7
Industriemechaniker/-in Betriebstechnik	5 660	5,8	8 033	1,5
Industriemechaniker/-in Masch./Systemtechn.	1 472	1,5	9 337	1,7
Industriemechaniker/-in Produktionstechnik	1 241	1,3	2 212	0,4
Kaufmann/-frau im Einzelhandel	5 301	5,4	27 855	5,1
Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel	535	0,5	19 468	3,6
Koch/Köchin	3 779	3,9	8 171	1,5
Kommunikationselektroniker/-in	446	0,5	3 687	0,7
Kraftfahrzeugmechaniker/-in	2 911	3,0	23 240	4,3
Landmaschinenmechaniker/-in	1 094	1,1	1 685	0,3
Landwirt/-in	2 926	3,0	11 038	2,0
Maler/-in und Lackierer/-in	1 890	1,9	9 791	1,8
Maurer	6 289	6,5	16 071	2,9
Metallbauer/-in	472	0,5	6 451	1,2
Radio- und Fernsehtechniker/-in	173	0,2	3 116	0,6
Sparkassenkaufmann/-frau	28	0,0	1 129	0,2
Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin	813	0,8	4 302	0,8
Tischler/-in	2 230	2,3	12 306	2,3
Verkäufer/-in	1 015	1,0	12 499	2,3
Werkzeugmechaniker/-in Stanz/Umformtechn.	870	0,9	4 003	0,7
Zentralheizungs- u. Lüftungsbauer/-in	931	1,0	4 889	0,9
Nicht genannte Berufe	38 251	39,2	184 369	33,8
Behinderten-Ausbildungsberufe (BBiG/HWO)	962	1,0	5 772	1,1
Insgesamt	97 484		545 190	

Der in diesen Zahlen erkennbare Annäherungsprozeß wird sich infolge des wirtschaftlichen Erneuerungsprozesses 1991 beschleunigt fortsetzen. Dabei wird der Anteil von Ausbildungsverträgen in mittelständischen Betrieben zu Lasten großbetrieblicher Ausbildung steigen.

Nach der monatlichen Statistik der Bundesanstalt für Arbeit waren von Oktober 1990 bis Ende Mai 1991 insgesamt 75 907 Berufsausbildungsstellen den Arbeitsämtern in den neuen Bundesländern zur Vermittlung gemeldet worden, im gleichen Zeitraum sind 15 520 Stellen wieder zurückgezogen worden, so daß insgesamt 60 387 Stellen verfügbar waren. Von diesen Ausbildungsstellen befanden sich 44 795 in Betrieben und 15 592 in außerbetrieblichen Einrichtungen. Gebraucht werden Ausbildungsplätze für rund 100 000 bis 110 000 Schulabgänger und eine nicht genau einschätzbare Zahl sogenannter Konkurslehrlinge (gemeldet bis Ende Mai 20 600). Informationen aus den neuen Ländern zum erheblich ausgeweiteten Übergang in die gymnasiale Oberstufe (bis über 30 Prozent) belegen, daß mit der im Berufsbildungsbericht 1991 angenommenen Anzahl von 120 000 Schulabgängern die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen eher überschätzt worden ist.

Bei der Bewertung der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit ist zu berücksichtigen, daß in den Zahlen der gemeldeten Berufsausbildungsstellen noch nicht die erheblichen Reserven an Ausbildungsplätzen in überbetrieblichen Einrichtungen enthalten sind, die nach § 40c des Arbeitsförderungsgesetzes noch finanziert werden können. In der Statistik sind auch die Ausbildungsplätze nicht enthalten, die durch das Programm der Bundesregierung zur Förderung von Ausbildungsplätzen in Kleinunternehmen zusätzlich mobilisiert werden können. Die Richtlinien für dieses Programm wurden vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft am 13. Juni 1991 erlassen. Ferner haben in den Zahlen zum Teil die Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst und die von der Treuhand eingeleiteten Maßnahmen im Ausbildungsbereich noch keinen Niederschlag gefunden. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß aller Erfahrung nach auch in den nächsten Wochen und Monaten den Arbeitsämtern noch weitere Ausbildungsplätze angeboten werden und daß wegen der den Ausbildungsbetrieben vorliegenden Initiativbewerbungen von Jugendlichen nicht alle Ausbildungsstellen den Arbeitsämtern zur Vermittlung gemeldet werden. Die Perspektive ist also durchaus günstiger, als die statistische Momentaufnahme Ende Mai zeigt.

3. Wie viele Handwerksbetriebe sind an der Lehrlingsausbildung beteiligt und welche Berufe werden ausgebildet?

Daten über die Anzahl der Handwerksbetriebe, die sich in den neuen Ländern an der Lehrlingsausbildung beteiligen, liegen nicht vor. Nach Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks gab es 1990 rund 110 000 Handwerksbetriebe oder handwerksähnliche Betriebe in den neuen Bundesländern; zum

31. Dezember 1990 wurden in den neuen Bundesländern rund 32 000 Lehrlinge im Handwerk ausgebildet. Eine berufliche Differenzierung der Handwerksausbildung wird erst gegen Ende 1991 im Rahmen der Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge vorliegen.

4. Welche Perspektiven bestehen für die 50 Prozent Jugendliche ohne Lehrstelle?

Mit dem Ausbildungsplatzförderungsprogramm-Ost hat die Bundesregierung Voraussetzungen geschaffen, daß jeder Jugendliche, der dies wünscht, einen Ausbildungsplatz erhalten kann. Die Perspektiven der Jugendlichen für einen Übergang in die Berufsausbildung sind in den neuen Bundesländern gut.

5. Wie sieht die Perspektive der beruflichen Ausbildung junger Menschen bis zum Jahr 2000 in Ost- und Westdeutschland aus?

Die längerfristigen Perspektiven der beruflichen Ausbildung von Jugendlichen sind abhängig von demographischen Entwicklungen, dem Bildungsverhalten der Jugendlichen und von wirtschaftsstrukturellen und technologischen Entwicklungen. Der begonnene Erneuerungsprozeß in den neuen Ländern läßt erwarten, daß sich die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur an die Struktur in den westlichen Ländern mittelfristig zunehmend anpassen wird. Damit dürften sich auch die Ausbildungsstrukturen zwischen Ost und West weitgehend angleichen. Auch das Bildungsverhalten wird sich annähern. Der in den neuen Ländern zu beobachtende Trend zur gymnasialen Oberstufe, der innerhalb eines Jahres nahezu westdeutsche Übergangsquoten erreichte, zeigt, daß eine Angleichung im Bildungsverhalten voraussichtlich rasch erfolgen wird.

Auch wenn die Vorausschau zukünftiger Entwicklungen erhebliche Unsicherheiten birgt, bedeuten die Trends im Bildungsverhalten, daß nach Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den neuen Ländern ähnliche Nachwuchsprobleme auftreten können wie bereits jetzt in den alten Bundesländern.

Im Vordergrund des wirtschaftsstrukturellen Wandels stehen die Entwicklungen zu einem höheren Anteil an Beschäftigten in den Tätigkeitsbereichen der unternehmens- und produktionsbezogenen sowie der personenbezogenen und kundennahen Dienstleistungen. Der Anteil der Beschäftigten in der unmittelbaren Produktion wird dagegen abnehmen. Moderne Informations-, Kommunikations- und Produktionstechniken werden diesen Prozeß unterstützen und beschleunigen.

Entsprechend dieser Entwicklung werden sich Inhalte, Tätigkeitsstrukturen und Organisation beruflicher Arbeit verändern und damit auch die Entwicklung der beruflichen Ausbildung bestimmen.

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung befaßt sich mit dem Thema des beruflichen Wandels und der Beschäftigungsperspektiven beruflich Qualifizierter und wird 1992 hierüber einen Bericht vorlegen.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333